



Nr. 18

28. Mai 2015

Inhalt

[dbb: Schuldenbremse darf Investitionen nicht verhindern+++](#)
[dbb kündigt Verfassungsklage an –](#)
[Dauderstädt: Tarifeinheitgesetz zerstört Betriebsfrieden+++](#)
[Tarifrunde Rettungsdienst Oberhavel: Angebot unzureichend –](#)
[Verhandlungen stocken+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Tarifeinheitgesetz verabschiedet – dbb Landesbünde und](#)
[Mitgliedsgewerkschaften gegen staatliche Regulierung+++](#)
[Gewalt gegen Beschäftigte - Becker: Fortbildung ist das Gebot](#)
[der Stunde+++](#)
[BDZ: EU-Parlament sorgt für mehr Transparenz+++](#)
[Schlichtungsverfahren zwischen GDL und Deutscher Bahn](#)
[hat begonnen+++](#)
[DPhV zu OECD-Studie: Endlich klare Anerkennung für deutsches](#)
[Bildungssystem+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb: Schuldenbremse darf Investitionen nicht verhindern

(dbb) Das Problem des Abbaus der staatlichen Altschulden darf nach Auffassung des dbb nicht aus dem öffentlichen Fokus verschwinden. Zwar sei die hohe Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland – über zwei Billionen Euro – angesichts guter Konjunkturlage und niedriger Zinsen in den Hintergrund gerückt, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 26. Mai 2015. Das Thema könne aber schon bei einem moderaten Zinsanstieg wieder an Brisanz gewinnen. „Ganz zu schweigen davon, dass künftige Generationen diesen Schuldenberg vererbt bekommen“, so Dauderstädt. Hinzu komme, dass eine zu hohe Verschuldung die Souveränität des Staates bedroht.

„Was dagegen unternehmen? Diskussionsanstöße dazu wollen wir auf einer Fachtagung geben, zu der der dbb am 8. Juni 2015 nach Berlin einlädt“, so der dbb Chef. Zweiter Themenschwerpunkt solle der Mechanismus der Schuldenbremse sein. Führt dieses Instrument letztlich dazu, die Handlungsspielräume so einzuengen, dass dringend benötigte Investitionen unterbleiben? „Soweit darf es aus unserer Sicht nicht kommen“, machte Dauderstädt deutlich. „Das wollen wir auch im Gespräch mit Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden deutlich machen.“

Nach der Eröffnung durch Klaus Dauderstädt geht es in Vorträgen um „Öffentliche Finanzen in Deutschland – Zwischen Altschulden, Soziallasten und Investitionsbedarf“ (Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, TU Kaiserslautern); „Die Schuldenbremse und die Altschuldenproblematik aus der Sicht eines Bundeslandes“ (Stephan Toscani, Finanzminister des Saarlandes) und „Schuldenbremse, ein Erfolg?“ (Werner Gatzler,

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen). Die anschließende Podiumsdiskussion wird sich mit der Frage „Umsetzung der Schuldenbremse auf Kosten der Zukunft?“ befassen. Dazu erwartet werden auch der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Thomas Eigenthaler und der Finanzminister des Landes Brandenburg, Christian Görke. Das Schlusswort hält der stellvertretende Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, Hans-Ulrich Benra.

Zum Thema Altschuldenabbau hatte der dbb bereits vor Jahren ein Gutachten bei dem Steuerrechtsexperten Prof. Paul Kirchhof in Auftrag gegeben, das im August 2012 unter dem Titel „Deutschland im Schuldensog – Der Weg zurück vom Bürgen zum Bürger“ erschien. Darin wurde eine nationale Kraftanstrengung zur Schuldenbeseitigung gefordert. (01/18/15)

dbb kündigt Verfassungsklage an – Dauderstädt: Tarifeinheitsgesetz zerstört Betriebsfrieden

(dbb) Nachdem der Deutsche Bundestag am 22. Mai 2015 in Berlin mit den Stimmen der Koalition das Gesetz zur Zwangs-Tarifeinheit verabschiedet hat, kündigte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt umgehend Verfassungsklage in Karlsruhe an.

Der dbb Chef weiter: „Ein schwarzer Tag für die Grundrechte. Wenn die Abgeordnetenmehrheit die Koalitionsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr verteidigt, müssen die Richter des Bundesverfassungsgerichts diese Rolle übernehmen. Die heute beschlossene Regelung verstößt gegen das Grundgesetz, zerstört den Betriebsfrieden und treibt die Gewerkschaften in Deutschland in einen harten Konkurrenzkampf. Über die drohenden praktischen Probleme bei der Umsetzung eines solchen Gesetzes will ich gar nicht reden. Wer ermittelt die Gewerkschaftszugehörigkeiten

und auf welcher rechtlichen Grundlage? Wer definiert die Betriebsmehrheit, zu welchem Stichtag? Alles ungeklärt. Die Bundesregierung stellt die deutschen Arbeitsgerichte vor unlösbare Aufgaben und bedroht die Existenz der Berufsgewerkschaften. Das werden wir auf keinen Fall hinnehmen.“

Klaus Dauderstädt forderte Bundespräsident Joachim Gauck nochmals auf, vor der Unterzeichnung des Gesetzes sorgfältig die von der übergroßen Mehrheit der Verfassungsrechtler und Gewerkschafter seit Monaten vorgebrach-

ten Bedenken gegen eine gesetzlich erzwungene Tarifeinheit zu prüfen: „Wir sind seit Jahrzehnten gut damit gefahren, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften ihre Angelegenhei-

ten im Rahmen der Tarifautonomie selber regeln. Im Koalitions- und Arbeitskämpfrecht hat der Gesetzgeber nichts zu suchen.“
(02/18/15)

Tarifrunde Rettungsdienst Oberhavel: Angebot unzureichend – Verhandlungen stocken

(dbb) Die seit vier Monaten laufenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im Rettungsdienst Oberhavel GmbH sind ins Stocken geraten. „Der Grund: Auch das nachgebesserte Angebot der Arbeitgeber berücksichtigt die Forderungen der Tarifkommission nur unzureichend“, machte dbb Verhandlungsführer Sebastian Wiegandt am 26. Mai 2015 klar. „Trotz großer Übereinstimmung in vielen redaktionellen Punkten liegen die Positionen beider Seiten in den wichtigsten Teilen der Verhandlungen nach wie vor weit auseinander.“

„Das jüngste Angebot der Arbeitgeberseite läuft darauf hinaus, dass der Rettungsdienst Oberhavel weiter vom Niveau des sonstigen öffentlichen Dienstes abgekoppelt und immer ein Jahr hinter dem Entgelt anderer Beschäftigter im Landkreis hinterherhinken würde. Das ist nicht hinnehmbar“, sagte Wiegandt. Zudem bleibe die vorgeschlagene Einkommenserhöhung weit unter dem vom dbb als Kompromiss vorgeschlagenen Mindestbetrag von 140 Euro. Auch die angebotene Einrechnung der Rettungsdienstpauschale von 500 Euro in das monatliche Tabellenentgelt sei keine echte Tabellenerhöhung, so Wiegandt weiter.

Ein Streitpunkt sei nach wie vor auch das Angebot für Notfallsanitäter. „Unsere Forderung von 550 Euro plus ist durchaus angemessen, um die Verantwortung und Qualifikation der Kolleginnen und Kollegen zu honorieren, die in diesem Bereich tätig sind.“ Nimmt man jetzt ein zu niedriges Angebot an, hätte dies zudem negative Auswirkungen auf alle folgenden Verhandlungen. „Deshalb hat die dbb Tarifkommission die Verhandlungen ausgesetzt. Wir glauben: Hier geht noch mehr, wenn die Beschäftigten zusammenstehen und sich weiterhin für die Forderungen stark machen.“
(03/18/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Tarifeinheitengesetz verabschiedet – dbb Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften gegen staatliche Regulierung

(dbb) Nachdem der Deutsche Bundestag am 22. Mai 2015 in Berlin mit den Stimmen der Koalition das Gesetz zur Zwangs-Tarifeinheit verabschiedet hat, zeigten sich Landesbünde und Mitgliedsgewerkschaften des dbb enttäuscht und bekräftigten ihre ablehnende Haltung zu einer staatlichen Regulierung von gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hatte umgehend Verfassungsklage in Karlsruhe angekündigt.

Das Gesetz stehe in klarem Widerspruch zur Koalitionsfreiheit, stellte Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW fest. „Bundespräsident Joachim Gauck hat es jetzt in der Hand. Er könnte von der Unterzeichnung aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken Abstand nehmen.“

„Trotz aller Warnungen – auch von renommierten Verfassungsrechtlern – mischt sich die Bundesregierung damit unzulässig in die Tarifautonomie ein“, erklärte der Vorsitzende des dbb hamburg, Rudolf Klüver. Es sei „ein Stück aus dem Tollhaus“, wenn mit dem Gesetz ein persönliches Grundrecht ausgehebelt werde, so Klüver. „Das kann nur danebengehen.“ Der

dbb hamburg halte das Gesetz für „unnötig, überflüssig und unanständig“.

Vor einer Zerstörung des Betriebsfriedens durch das Gesetz warnte der Landesvorsitzende des thüringischen Beamtenbundes tbb, Helmut Liebermann. Er mahnte zur „Besinnung auf die alten Werte im Arbeitskampf“.

Als „Demokratieabbaugesetz“ kritisierte Wolfgang Ladebeck, Vorsitzender des dbb sachsen-anhalt, das Gesetz. „Wenn im Betrieb nur noch der Tarifvertrag der Mehrheitsgewerkschaft gelten soll, können Minderheitengewerkschaften zukünftig keine Tarifverträge mehr abschließen.“ Sie würden dann in der Belegschaft kaum noch als eigenständig handelnde Organisation wahrgenommen, sondern vielmehr als Anhängsel der Mehrheitsgewerkschaft.

Von einem „klaren Verfassungsbruch“ sprach der Bundesvorsitzende der komba gewerkschaft und dbb Vize Ulrich Silberbach. Die Überprüfung des umstrittenen Gesetzes durch das Bundesverfassungsgericht sei unvermeidlich. Silberbach kritisierte: „Vom Gedanken an den sonst so gepriesenen Pluralismus haben sich die Politiker dabei vollkommen verabschiedet.“

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, bezeichnete das Gesetz als „untauglichen Versuch, Gewerkschaften an die Leine nehmen zu wollen“. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Bund selbst öffentlicher Arbeitgeber ist, habe die Aushöhlung der Tarifautonomie „einen mehr als schalen Beigeschmack“.
(04/18/15)

Gewalt gegen Beschäftigte - Becker: Fortbildung ist das Gebot der Stunde

(dbb) Der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, hat die Innenverwaltung aufgefordert, Fortbildungsangebote für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu entwickeln, die mit wachsenden Aggressionen und aufernder Gewaltbereitschaft im Publikumsverkehr und im Außendienst konfrontiert sind. Gezielte Ausbildungskonzepte und qualifizierte Fortbildungsveranstaltungen der Verwaltungsakademie zu der Thematik seien das Gebot der Stunde.

Auf einer Personal- und Betriebsrätekonferenz des dbb berlin am 21. Mai 2015 erklärte Becker weiter, auch Konzepte für bauliche und technische Maßnahmen an Gebäuden und Arbeitsplätzen zur Erhöhung der Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien unverzichtbar. Diese Themen müssten verstärkt in den Fokus von Politik und Verwaltung gerückt werden. Die Personal- und Betriebsrätekonferenz des dbb berlin sei Auftakt für weitere gewerkschaftspolitische Aktivitäten in dieser Richtung, kündigte der Vorsitzende des dbb berlin an.

Auch nach Ansicht des Staatssekretärs in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Bernd Krömer, ist ein eindeutiges Zeichen der Entscheidungsträger aller politischen Parteien gegen Gewalt am Arbeitsplatz überfällig. In den vergangenen Jahrzehnten sei eine Spirale der Gewalt in Gang gesetzt worden, sagte er auf der Konferenz. Dies ziehe nicht nur erheblichen Schulungsbedarf für die Mitarbeiter nach sich, sondern erfordere auch klare strafrechtliche Regelungen. Noch in diesem Jahr, kündigte Krömer an, solle ein besserer Rechtsschutz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes geregelt werden.
(05/18/15)

BDZ: EU-Parlament sorgt für mehr Transparenz

(dbb) „Das Europäische Parlament hat den Gesetzestext deutlich verbessert“, sagte Dieter Dewes, Bundesvorsitzender der Deutschen Finanz- und Zollgewerkschaft BDZ, am 21. Mai 2015 nach dem abschließenden Votum über die 4. Anti-Geldwäsche-Richtlinie. Das Parlament hatte sich in Verhandlungen mit dem Rat in wichtigen Punkten durchgesetzt und am 20. Mai einer Vereinbarung zugestimmt, so dass die Richtlinie nun in Kraft treten kann. Die Mitgliedstaaten müssen sie binnen zwei Jahren in nationales Recht umsetzen.

Dewes begrüßte auch die erfolgreiche Abstimmung über die Novelle der „Geldtransfer-Verordnung“, mit der Zahlungsflüsse besser rückverfolgt werden können. „Das ist ein bedeutsamer Schritt im Kampf gegen den internationalen Terrorismus“, sagte er. Die Verordnung tritt nach ihrer Verkündung im Amtsblatt der EU in allen Mitgliedstaaten in Kraft.

„Die bisherigen Regelungen haben das organisierte Verbrechen geschützt. Wir haben schon vor Jahren gefordert, das zu ändern“, so Dewes weiter. „Allein in Deutschland werden jährlich etwa 60 Milliarden Euro Schwarzgeld

gewaschen. Bisher fehlen Zoll, Polizei und Steuerverwaltung die Mittel, das zu stoppen.“ Die neue Richtlinie erweitere die Möglichkeiten der Fahnder in sinnvoller Weise. Die europäische Neuregelung stütze den Rechtsstaat, der nicht wehrlos bleiben dürfe. „Sonst wird die Rechtsstaatlichkeit in Europa ausgehöhlt. Die EU darf kein Paradies für Geldwäscher sein, zumal nicht in Zeiten so fundamentaler Bedrohung wie heute“, zeigte sich Dewes mit Blick auf die Finanzierung des internationalen Terrorismus überzeugt.
(06/18/15)

Schlichtungsverfahren zwischen GDL und Deutscher Bahn hat begonnen

(dbb) Unter Vorsitz des thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow und des ehemaligen Ministerpräsidenten von Brandenburg, Matthias Platzeck, hat am 27. Mai 2015 das Schlichtungsverfahren zwischen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und der Deutschen Bahn begonnen.

„Ziel der GDL ist es, mit Hilfe des Schlichtungsverfahrens nun endlich auch die dringend notwendigen und rechtmäßigen materiellen Forderungen des Zugpersonals in einem Flächentarifvertrag einer tragfähigen Lösung zuzuführen“, sagte Claus Weselsky, Bundesvorsitzender der GDL und dbb Vize. „Das Ergebnis der Schlichtung ist, was die Inhalte betrifft, aber offen und am Ende werden die Gremien der GDL zu bewerten und zu entscheiden haben. Dabei steht das Interesse der GDL-Mitglieder im Vordergrund, denn sie haben den Flächentarifvertrag für das gesamte Zugperso-

nal mit insgesamt neun Streikmaßnahmen erkämpfen müssen.“

Vorgesehen ist, dass die Schlichtung bis zum 17. Juni 2015 dauert. Von der GDL war Bodo Ramelow, von der DB Matthias Platzeck als Schlichter berufen worden. Daneben werden für die GDL und die DB je drei stimmberechtigte Mitglieder an dem Schlichtungsverfahren teilnehmen. Während des Verfahrens ist Stillschweigen aller Beteiligten vereinbart.
(07/18/15)

DPhV zu OECD-Studie: Endlich klare Anerkennung für deutsches Bildungssystem

(dbb) Mit der am 27. Mai 2015 von der OECD vorgestellten Studie „Skills Outlook 2015“ billigt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Deutschland erstmals eine bildungspolitische Vorbildrolle in Europa zu. Der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), Heinz-Peter Meidinger, attestierte der Organisation daraufhin einen „deutlichen Lerneffekt“.

Die OECD hatte Deutschland in der Untersuchung zum ersten Mal als bildungspolitisches Vorbild für andere Länder bezeichnet, weil es in keinem anderen Land der OECD in gleichem Maße gelinge, den Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Beruf so reibungslos zu gestalten. Nirgendwo sonst gebe es so wenige Ju-

gendliche, die arbeitslos seien. Außerdem lobte die OECD ausdrücklich die Leistung der dualen Berufsausbildung in Deutschland.

„Wir freuen uns natürlich darüber, dass das in vielen OECD-Ländern bedrückende Problem der Jugendarbeitslosigkeit bei uns dank eines

qualitativ hochwertigen, passgenauen Bildungssystem nicht durchschlägt. Wir freuen uns aber auch, dass die OECD endlich wahrgenommen hat, dass das deutsche Schulsystem besser als andere geeignet ist, Jugendlichen zukunftsorientierte Beschäftigungsmöglichkeiten zu sichern. Noch mehr würden wir uns aber freuen, wenn die OECD endlich offen zugeben würde, dass ihre jahrelange Fixierung

Namen und Nachrichten

(dbb) Die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes in Hessen haben bei einer zentralen Streikaktion am 27. Mai 2015 ein verhandlungsfähiges Angebot der Arbeitgeber gefordert. Einen Tag vor der Mitgliederversammlung der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) zogen mehrere hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einem Demonstrationzug durch Fulda. Bei der abschließenden Kundgebung forderte **Sandra van Heemskerck**, Vorsitzende des komba Bundesfachbereichs Sozial- und Erziehungsdienst und Mitglied der dbb Verhandlungskommission für den Sozial- und Erziehungsdienst: „Die Arbeitgeber hoffen, dass wir aufgeben. Sie wollen einen Keil zwischen uns und die vom Streik betroffenen Familien treiben. Aber das wird nicht funktionieren. Denn die Menschen haben längst verstanden, dass von einem starken Sozial- und Erziehungsdienst mit qualifizierten und motivierten Beschäftigten unsere gesamte Gesellschaft profitiert. Deshalb werden wir standhaft bleiben. Wir haben echte Wertschätzung verdient – und zwar jetzt.“

In der mündlichen Erörterung am 27. Mai 2015 im Rahmen des beamtenrechtlichen Beteiligungsverfahrens der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen hat sich der Niedersächsische Beamtenbund (NBB) enttäuscht über die Änderungen des niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes (NPersVG) gezeigt. Der NBB-Landesvorsitzende **Friedhelm Schäfer** bekräftigte unter anderem die Forderungen nach erweiterten Freistellungsmöglichkeiten der Personalräte auf allen Ebenen, Überleitung der bisherigen Benehmensherstellungstatbestände in das Mitbestimmungsverfahren und nach einer

auf Akademisierungsquoten als Gradmesser der Bildungsqualität und wirtschaftlichen Leistungskraft nicht nur falsch, sondern auch schädlich war, wie die Länder zeigen, die derzeit unter einer Überakademisierung und hoher Jugendarbeitslosigkeit leiden“, erklärte Meidinger.
(08/18/15)

grundsätzlichen Beibehaltung des Fachgruppenprinzips im Schulbereich. Der Gesetzentwurf soll noch vor der Sommerpause in den Landtag eingebracht werden.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) hat den Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages begrüßt, Zuschüsse für Sicherungsmaßnahmen am Wohneigentum zu fördern. Angesichts dramatischer Entwicklungen im Bereich der Wohnungseinbruchskriminalität sei dies genau der richtige Weg, so DPoIG-Bundesvorsitzender **Rainer Wendt** am 21. Mai 2015. „Es war zu erwarten, dass eine steuerliche Förderung nicht rasch umzusetzen ist, außerdem besteht bereits die Möglichkeit, Handwerkerleistungen steuerlich geltend zu machen. Mit dieser gezielten Förderung über die KfW-Bank wird ein Instrument geschaffen, das rasch und unbürokratisch wirken kann“, zeigte sich Wendt überzeugt.

Hans Beckmann, der zu den Männern der ersten Stunde bei der Wiederbegründung von Bahn-Beamtengewerkschaften in der Nachkriegszeit gehörte, ist am 15. Mai 2015 im Alter von 91 Jahren verstorben. Beckmann, der fast 40 Jahre lang dem Landesvorstand und der Landesleitung des dbb Hessen angehörte, war ein Mann mit Ecken und Kanten, der nie das klare Wort scheute. Als sozialpolitisch engagierter Gewerkschafter stand Beckmann unter anderem auch an der Spitze der dbb Arbeitsgemeinschaft in der CDA. In dieser Funktion gehörte er dem CDA-Bundesvorstand an. Der dbb wird Hans Beckmann ein ehrendes Andenken bewahren.
(09/18/15)

Termin zum Vormerken:

dbb Fachtagung

„Zwischen Altschulden und Schuldenbremse – Was hält Deutschland noch aus?“
Berlin, 8. Juni 2015